



Dieses Werk bzw. Inhalt ist lizenziert unter einer
Creative Commons Namensnennung 3.0 Unported
Lizenz.

<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.de>

Der Hessische Landbote 2013

Ein Aufruf,
der anstiften will
zur Auflehnung.



Peter-Grohmann-Verlag

Der Hessische Landbote 2013

**Eine aktuelle Sicht auf Zustände und Verhältnisse,
die reif sind, umgestoßen zu werden.**

**Ein Aufruf,
der anstiften will
zur Auflehnung.**

Geschrieben im Herbst 2013
zum 200. Geburtstag von Georg Büchner,
der am 17. Oktober 1813 im hessischen Goddelau geboren wurde
und nach einem kurzen Leben
am 19. Februar 1837 in Zürich starb.

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Politischen Bildung e.V.
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M.

Mail: express-afp@online.de

In Zusammenarbeit mit dem Bürgerprojekt Die AnStifter

Inhalt:

Bernd Heyl, Hagen Kopp, Martin van de Rakt, Edwin Schudlich,
Franz Segbers, Edgar Weick, Helmut Weick, Eva Zinke

Layout:

Daniel Enders



www.die-anstifter.de

Peter-Grohmann-Verlag

D 7182 Stuttgart

Olgastraße 1 A

Peter-Grohmann@Die-Anstifter.de

Druck: www.uws-druck.de in Stuttgart

Stuttgart 2013

Sprachlich korrigierte Onlinefassung

Die Verbreitung wird ausdrücklich gewünscht!

© Alle Rechte bei Autoren, Herausgebern und Verlag

Einzelpreis 3,00 € + Porto

ISBN 978-3-944137-64-3

Friede den Hütten – Krieg den Palästen

Das war 1834 der Kampfruf des Hessischen Landboten.
Er ist aktuell geblieben,
wenn wir uns die Zustände in dieser Welt vor Augen halten,
den unermesslichen Reichtum in den Händen
Weniger und das Elend und die Armut von Millionen.

Es gilt noch immer,
was Karl Marx wenige Jahre nach dem Hessischen Landboten geschrieben hat,
„alle Verhältnisse umzuwerfen,
in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes,
ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“

Deshalb

wollen wir uns wie Büchner damals auf die hiesigen Verhältnisse einlassen
mit unserem Aufruf. Wir wollen

- in aller Kürze und Schärfe die Wahrheit über diese Verhältnisse aussprechen,
- den Schleier der tagtäglichen Verdummung wegziehen,
- den Täuschungen, die landauf landab verbreitet werden, mit Aufklärung und engagierten Widerstand entgegentreten,
- ja, für diesen Widerstand einen Stachel bereithalten, anstacheln und anstiften zur Auflehnung.

Das ist die Absicht, die wir mit dieser Flugschrift verfolgen.

Mit Verleumdungen ist eher nicht zu rechnen, wohl mit der Unterstellung unredlicher Absichten. Wahrscheinlich können wir sogar mit einer Toleranz der Herrschenden rechnen, bei denen immer noch gilt: Räsontiert so viel Ihr wollt, aber gehorcht!

Erst wenn den vielen Flugschriften Taten folgen, wird diese Toleranz ein Ende finden.

Wer wir sind, die diesen Hessischen Landboten 2013 geschrieben haben, das erfahren Sie am Ende des Kapitels 9, und wie wir dazu kamen, das steht in einem Nachwort.

1

„Das Verhältnis zwischen Armen und Reichen ist das einzige revolutionäre Element in der Welt; der Hunger allein kann die Freiheitsgöttin... werden.“

Georg Büchner, Brief an Gutzkow, 1835

Ihr Menschen in Hessen!

Wir müssen als erstes über Armut und Reichtum ein offenes Wort reden. Die Armut nimmt zu, auch bei uns hier in Hessen und in wachsendem Maße bei Kindern und Jugendlichen. Armut, das ist soziale Ausgrenzung, das ist die Zerstörung von Lebensperspektiven. Die Armut ist längst zu einem öffentlichen Thema geworden. Und dass Armut dauerhaft beseitigt werden muss ebenfalls.

Der Sozialbericht der Hessischen Landesregierung spricht auf über 400 Seiten über die Lebenslage der Armen. Über Reichtum und Vermögen stehen da allerdings nur anderthalb Seiten. Im Entwurf des letzten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung stand noch die nüchterne Feststellung „Die Privateinkommen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt.“ Auf Druck der FDP wurde dieser Satz gestrichen. Der Reichtum und seine Folgen für die Menschen sollen im Dunkeln bleiben.

Armut ist kein Naturereignis. Armut entsteht, weil es an Armut ein ökonomisches Interesse gibt, Armut ist ökonomisch gewollt, und die Politik schafft dafür reibungslose Voraussetzungen. Das gleiche gilt für den Reichtum. Reichtum ist mit Macht ausgestattet und macht die Armen machtlos. Die untere Hälfte der Bevölkerung verfügt über gerade einmal ein Prozent des gesamten Vermögens, während die reichsten zehn Prozent der Haushalte mehr als 60 Prozent des gesamten Nettovermögens ihr Eigen nennen.

Die Journalisten haben sich schon angewöhnt, diese Entwicklung verschämt einen „Trend“ zu nennen und fragen hin und wieder ebenso verschämt, ob es inzwischen eine „Trendumkehr“ gäbe. Nichts dergleichen gibt es und wird es auch nicht geben, solange sich die politischen und ökonomischen Kräfte hinter einer solchen Berichterstattung verstecken können. Die „Spitzenverdiener“ konnten zwischen 1991 und 2010 ihre Nettoeinkünfte um 12,4 Prozent steigern, während das Zehntel mit dem niedrigsten Einkommen in der gleichen Zeit 11,2 Prozent einbüßte. Oben ist genau das angekommen, was mit einem ausgeklügelten System unten weggenommen wird. Das haben Forschungsinstitute ausgerechnet. Oben werden Menschen immer reicher und unten immer ärmer. Doch Armut und Reichtum sind nicht einfach nur die beiden Enden einer abgestuften Vermögensskala. Sie sind leibhaftiger Ausdruck eines Systems, das abgeschafft werden muss, denn es ist der Reichtum, der die Armut schafft.

Die gegenwärtige Armut in Deutschland hat allerdings auch viel mit der jüngsten Geschichte zu tun. Daran muss immer wieder erinnert werden. Seit Mitte der 70er Jahre ist die Zahl der Menschen, die „Hilfen zum Unterhalt“ bekommen, von weniger als 600.000 auf über 4,5 Mio. angestiegen. Solange die Bundesrepublik im Wettbewerb der politischen Systeme zwischen Ost und West als kämpferisches Schaufenster gegenüber den Menschen im Osten diente, gab es zwischen den ökonomischen Eliten und großen Teilen der Arbeiterschaft einen „sozialen Kompromiss“, so dass das soziale Gefälle zwischen Arm und Reich ein geringeres Ausmaß hatte. Diesen Kompromiss haben die Konzernherren nach 1989 mit einschneidenden Folgen aufgekündigt: einer Auflösung bisher gültiger Normen des Arbeitsrechts, dem Abbau von Rechten beim Kündigungsschutz, der Absenkung der Grundsicherung auf ein Mindestmaß und einer dramatischen Ausweitung eines „Niedriglohnssektors“. Inzwischen arbeitet fast jeder vierte Beschäftigte zu hundserbärmlichen Löhnen. Der Arbeitsmarkt ist so zugerichtet, dass die Profite der Konzernherren und die Einkommen ihrer Manager ungehemmt weiter steigen können.

Niemand wagt es, die Wahrheit auszusprechen: Der Klassenkampf, der hier stattfindet, ist ein sozialer Bürgerkrieg. Die Reichen und Mächtigen nehmen sich, was sie bekommen können. Als „soziale

Frage“ werden die Folgen dieses Klassenkampfes hin und wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt. Die überfällige Antwort liegt längst auf der Hand. Wer über Reichtum und über den Kapitalismus schweigt, der sollte auch über die Armut gar nicht erst reden.

Die „soziale Frage“ ist längst auch eine globale „soziale Frage“. Die Spaltung der Weltgesellschaft verläuft aber nicht zwischen Nord und Süd: Es gibt Reiche im Süden und im Norden sowie Arme hier und dort. Mit der 1948 beschlossenen „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ wurde den Menschen in der ganzen Welt ein Recht auf soziale Sicherheit versprochen. Doch nach wie vor wird es von den Regierenden weder respektiert noch beachtet. Unverhohlen findet Tag für Tag neben der materiellen Enteignung auch die Enteignung dieses Menschenrechts auf soziale Sicherheit statt.

Wie das Menschenrecht auf soziale Sicherheit in ein Tauschgeschäft von Leistung und Gegenleistung umgewandelt wird, hat uns der frühere hessische Ministerpräsident Roland Koch 2010 vorgeführt: „Wir müssen jedem Hartz IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, auch niederwertige Arbeit, im Zweifel in einer öffentlichen Beschäftigung.“ Arbeit um jeden Preis und für jeden Preis – so lautet das politische Ziel.

Im Land Georg Büchners, der 1834 in Gießen und Darmstadt zwei Sektionen der Gesellschaft für Menschenrechte gründete, sind soziale Menschenrechte, und zwar als Rechte für jeden, in der Verfassung verankert. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit spielen sie aber so gut wie keine Rolle. Alle „Staatsdiener“ legen in Hessen einen Eid auf die Verfassung des Landes ab. Im Artikel 38 dieser Verfassung heißt es: „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.“

Das steht tatsächlich in der Hessischen Verfassung: „vor Ausbeutung zu schützen“. Wir müssen das hinausschreien ins Land, wir müssen diese Verpflichtung der Hessischen Verfassung den Politikern

und Politikerinnen um die Ohren hauen, damit sie wissen, wofür sie sich wählen lassen und ihr Geld einstecken. Doch wir müssen wohl erst an den kapitalistischen Grundfesten der Gesellschaft rütteln, damit sich etwas ändert. Es sieht so aus, dass innerhalb dieser Verhältnisse die sozialen Menschenrechte nicht zu verwirklichen sein werden, denn der ökonomische Kern des Kapitalismus ist die Ausbeutung von Menschen.

Noch nie war Deutschland so reich wie heute. Trotzdem wagen es die Herrschenden zu sagen, dass der ungeheure Reichtum und die Produktivität der Wirtschaft nicht mehr ausreichen für höhere Löhne, eine würdige Rente im Alter und eine soziale Existenz, die den Menschen ein Minimum für ein gesichertes Leben garantiert.

Heute gefallen sich die Regierenden darin, das private Engagement der Bürgerinnen und Bürger als Zeichen einer engagierten Bürgergesellschaft zu loben, wenn sie Tafeln für Bedürftige organisieren. Statt gegen eine Politik zu kämpfen, die die Würde der Armen mit Füßen tritt, organisieren die Tafeln eine Verteilung von Lebensmitteln, die ansonsten in den Müll kämen. Wer wollte da noch sagen, für die Armen wäre nicht gesorgt? Diese Tafeln tragen dazu bei, die Not zu erhalten, die sie eigentlich bekämpfen wollen. Sie sind eine Anklage.

Weit davon entfernt, nur Bedürftige zu sein, die auf Versorgung bei den Tafeln angewiesen sind, sind arme Menschen Bürgerinnen und Bürger, deren Lebens- und Menschenrechte verletzt werden. Die Kluft zwischen verschämter Armut und unverschämtem Reichtum ist ein Skandal. Und der Zynismus der Herrschenden ist für uns eine tagtägliche Beleidigung, die wir nicht länger hinnehmen dürfen.

2

„Unser Leben ist der Mord durch Arbeit;
wir hängen fünfzig Jahre lang am Strick und
zappeln; aber wir werden uns losschneiden.“

Georg Büchner, Dantons Tod

Ihr Menschen in Hessen!

Natürlich lässt sich in Hessen recht gut leben, doch wie viele Menschen müssen verbergen, wie sie tatsächlich leben und wovon sie leben? Inzwischen sind es längst nicht nur armselige Gestalten, die gezwungen sind, im Abfall nach Pfandflaschen zu suchen. Bedrückend ist, das tagtäglich zu erleben. Und es gibt inzwischen mehr und mehr Menschen, die Arbeit haben und dennoch nicht davon leben können. Über 24 Prozent der Beschäftigten verdienen ihr Geld in einem „Niedriglohnsektor“, das sind in Deutschland über 4,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte, bei uns in Hessen über 300 000. „Wenn die Arbeit nicht zum Leben reicht“, das ist inzwischen zu einem Thema geworden, das sich aus der öffentlichen Diskussion nicht mehr verdrängen lässt.

1,2 Millionen Beschäftigte sind in Deutschland „Hartz IV-Aufstocker“ – so werden die Menschen schon ohne Anführungszeichen in der öffentlichen Berichterstattung genannt, die so wenig verdienen, dass sie zusätzlich Anspruch auf Hartz IV haben. Wir können davon ausgehen, dass davon wahrscheinlich mindestens 50.000 in Hessen leben und arbeiten. Inzwischen wird sogar diese Zahl für zu niedrig eingeschätzt. Und es gibt eine nicht unerhebliche Zahl an Beschäftigten, die immer wieder erneut auf das „Aufstocken“ angewiesen sind.

Zur neuen Welt der Arbeit gehört seit langem schon die „Leiharbeit“, die längst Einzug gefunden hat in den ganz normalen Bereich der

Produktion und der Dienstleistungen. Diese Form einer modernen Sklavenwirtschaft wurde mit einer politischen Begründung eingeführt, auf die die Verantwortlichen heute noch stolz sind. Ein eigenes Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung wurde deshalb extra geschaffen. „Leiharbeit“ ist zu einem lukrativen Geschäft für die Verleihfirmen geworden. Viele Menschen arbeiten nur noch mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen. Lebensplanung, selbstbewusstes Auftreten gegenüber dem Arbeitgeber, aber auch Zufriedenheit mit der Arbeit werden dadurch nahezu unmöglich gemacht.

Zur neuen Welt der Arbeit gehört auch das „Prekariat“, eine soziologische Wortschöpfung, die sich an das „Proletariat“ anlehnt. Als prekär gelten für die wissenschaftlichen Beobachter und Statistiker Arbeitsverhältnisse, die „nicht geeignet sind, auf Dauer den Lebensunterhalt einer Person sicherzustellen oder deren soziale Sicherung zu gewährleisten“. Jetzt wissen wir's. Menschen mit einem Teilzeitvertrag, Leute, die bei Zeitarbeitsfirmen oder Leiharbeitsfirmen mit geringer Bezahlung beschäftigt sind, gehören dazu. Viele von ihnen arbeiten in Nacht- und Schichtarbeit, viele sind Frauen, Migranten und junge Menschen. Sie nehmen oft gesetzwidrige Arbeitsbedingungen und hohe gesundheitliche Belastungen in Kauf.

Es spielt sich alles vor unseren Augen ab: Die „normalen“ Arbeitsverhältnisse geraten immer mehr in den Sog einer Entwicklung nach unten. Wie eine Seuche verbreitet sich die sogenannte prekäre Beschäftigung. Zu wenig Lohn, um anständig leben zu können, geringe oder keine soziale Absicherung, eine ungewisse Zukunft, insbesondere für die junge Generation, werden zur bitteren Realität von immer mehr Menschen.

Diese neue Welt der Arbeit ist einfach eine Schande – und es bleibt eine Schande für die deutsche Sozialdemokratie, dass die Einführung dieses „Niedriglohnsektors“ mit der „Agenda 2010“ ihr politisches Werk war. Jetzt müssen wir ihn doch zu Wort kommen lassen, jenen Gerhard Schröder, der beim World Economic Forum in Davos stolz verkündete: „Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt. Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut, und wir haben bei der Unterstützungszahlung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund

gestellt.“ Artig hat sich Angela Merkel im Bundestag dafür bedankt: „Ich möchte Bundeskanzler Schröder ganz persönlich dafür danken, dass er mit seiner Agenda 2010 mutig und entschlossen eine Tür aufgestoßen hat, eine Tür zu Reformen, und dass er die Agenda gegen Widerstände durchgesetzt hat“. Es scheint vergessen zu sein, dass es diese Widerstände gab. Über 400 Wissenschaftler hatten damals vor zehn Jahren heftig gegen diese Demontage des „Sozialstaats“ protestiert. Die an den Sturz des DDR-Regimes mahnenden Montagsdemonstrationen lebten wieder auf. Schröder und seine Leute scherten sich einen feuchten Kehricht um diese Proteste. Sie wollten, was wir heute haben, Deutschland als einen kapitalistischen „Musterknaben“.

Sie haben freie Hand, diese Unternehmen. So werden in vielen auch bekannten Unternehmen Arbeitsplätze angeblich nur dann erhalten, wenn es zu einem vertraglich vereinbarten Lohnverzicht kommt (wie z.B. bei Opel). Wenn auch das nicht reicht, werden Betriebe geschlossen oder Massen an Beschäftigten entlassen: bei Lufthansa 3500, bei Schlecker 10000, bei Neckermann 1380, Solar First 1200, Müller-Brot 600. Bei Karstadt werden bis Ende 2014 2000 Stellen gestrichen werden. Fast jeden Tag sind solche Meldungen in den Zeitungen zu lesen. Die Leute fliegen raus, und wenn sie dann irgendwo noch einen Job finden, verdienen sie weniger als bisher.

Viele Menschen werden im Verlaufe ihres Arbeitslebens schwerbehindert, werden gekündigt und gelten auf dem Arbeitsmarkt als nicht mehr vermittelbar. Die Hürden für eine Frühverrentung sind bei der Rentenversicherung sehr hoch gesetzt, und wenn sie bewilligt wird, reicht die Rente meist nicht aus, um ein Leben in Würde führen zu können. Im Jahr 2011 lebten in Deutschland rund 7,3 Millionen Personen mit einer anerkannten Schwerbehinderung, erhielten 1,6 Millionen Menschen eine Rente wegen anerkannter Erwerbsminderung, die wegen Krankheit vorzeitig ihren Beruf bzw. ihre Arbeit aufgeben mussten. Sie sind im Schnitt um die 50 Jahre alt, waren häufig arbeitslos, sind eher gering qualifiziert und überdurchschnittlich von Armut bedroht.

Arbeitslosigkeit grassiert weltweit, in Europa und auch in Deutschland. Diese Arbeitslosigkeit, die man besser Erwerbslosigkeit nennen sollte, denn viele Erwerbslose sind alles andere als arbeitslos, macht die Menschen kaputt. Sie ist ein Anschlag auf die Unversehrtheit der

menschlichen Würde, sie zerstört menschliches Zusammenleben, sie ist schlicht und einfach menschenfeindlich. Für das Jahr 2013 wurde eine „Arbeitslosenquote“ von 7 Prozent, das sind fast 3 Millionen Menschen, errechnet. Das ist natürlich ganz erheblich weniger als vor allem in den südeuropäischen Ländern, in Griechenland sind es 27 Prozent, in Spanien 26 Prozent, in Italien 12 Prozent.

Gibt es denn niemanden mehr, der sich mit Kraft und Macht, mit dem geistigen Rüstzeug einer Kritik, in der der Mensch im Mittelpunkt steht, gegen diese barbarische Realität stellt? Von den Verfechtern der neoklassischen Wirtschaftstheorie wird eine solche Kritik als „marktfremd“ abgekanzelt. Solidarität und Gleichheit gelten als unzeitgemäß und „altmodisch“. Das „Gesetz“ von Angebot und Nachfrage mit seinem „Marktgleichgewicht“, das eine „invisible hand“ als eine Art überirdischer Macht angeblich steuert, wird als unumstößliches Dogma präsentiert. Gegenüber dieser ideologischen Macht erschlaffte die Wertvorstellung der Arbeiterbewegung von „Wohlstand“ und „sozialer Gerechtigkeit“. Nur was „wirtschaftstauglich“ Bestand hatte, überlebte die ideologischen Auseinandersetzungen. Auch das spielte sich vor unseren Augen ab und wurde ohnmächtig hingenommen.

Soll das jetzt heißen, dass wir alle Hoffnungen aufgeben? Auch wenn sich bislang hier in Deutschland noch keine Massen „empören“, wird die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse immer dringender und die Suche nach Wegen, aus dem menschenverachtenden Wirtschaftssystem herauszufinden, für die gesamte Menschheit überlebensnotwendig. Geht das auf „friedlichen“ Wegen, letztlich mit dem Einverständnis der Herrschenden? Das kann wohl kaum erwartet werden. Es ist eine Illusion, einen Weg zu den historisch notwendigen Veränderungen einschlagen zu wollen, ohne dabei die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse anzutasten.

Gewinnen wir die Menschen für ein vernünftiges Arbeiten und Zusammenleben: „An die Stelle der politischen Ökonomie der toten Arbeit, des Kapitals, des Eigentums, muß überall dort, wo von der Notwendigkeit menschlicher Emanzipationsprozesse gesprochen wird, die politische Ökonomie lebendiger Arbeit treten, die auf eine vernünftige Organisationsform des Gemeinwesens zielt.“

(Oskar Negt)

3

„Es ist Gewalt, der man sich fügen muß,
wenn man nicht stark genug ist,
ihr zu widerstehen; aus der Schwäche kann
einem kein Vorwurf gemacht werden.“

Georg Büchner, Brief an die Familie, 1834

Ihr Menschen in Hessen!

Über die Kranken und die Gesunden müssen wir reden – und zu allererst über eine banale, aber grausame Wahrheit: Wer arm ist, muss früher sterben – das war zu Büchners Zeiten so, und das ist heute immer noch so. Wir werden allerdings statistisch alle viel älter. Männer werden in Hessen im Durchschnitt 78 Jahre alt, Frauen schaffen es auf 82 Jahre. Das kann sich sehen lassen. Allerdings werden Männer mit einem hohen Einkommen fast elf Jahre älter als ärmere, bei Frauen beträgt der Unterschied immerhin noch acht Jahre. Ob man das Durchschnittsalter erreicht, ist also noch immer eine soziale Frage. In der modernen kapitalistischen Industriegesellschaft haben Menschen, die ohne Erwerbsarbeit sind und am Existenzminimum leben, noch immer eine viel geringere Lebenserwartung als Menschen, die in einem „Normalarbeitsverhältnis“ arbeiten. Gesundheit hängt also auch davon ab, ob man eine Arbeit hat und wie man arbeiten muss oder kann.

Und sie hängt davon ab, wo man lebt – z.B. im Vordertaunus oder in Offenbach in der Einflugschneise des Flughafens. Denn (Flug-)Lärm – besonders nächtlicher – macht krank. Er lässt den Blutdruck und den Cholesterinspiegel steigen und führt nachweisbar zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Und die Schadstoffe des Kerosins machen uns krebskrank. Diesen gesundheitlichen Preis zahlt die hessische Bevölkerung für den „Wirtschaftsmotor“ Frankfurter Flughafen.

Noch mehr Flugzeuge werden die Menschen im Rhein-Main-Gebiet noch kränker machen. Und es gibt kein Entrinnen – schon gar nicht für die eine Million Kinder und Jugendliche in Hessen, die besonders gefährdet sind – außer einer Umkehr in der Verkehrspolitik. Auf den Montagsdemos am Flughafen zeigen immer mehr Menschen, dass sie sich das nicht mehr bieten lassen wollen.

Aber diese hessischen Zustände gehen nicht nur ans Herz, sie greifen längst Leib und „Seele“ an: Inzwischen sind in Hessen psychische Erkrankungen die häufigste Krankheitsursache – bei Frauen noch häufiger als bei Männern. Auch das hängt mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen zusammen. Diese „Ungleichheit von Gesundheitschancen“ ist seit Jahren ein öffentliches Thema. Es ändert sich aber nichts daran, dass z.B. benachteiligte Kinder von Infektionskrankheiten, Asthma, Zahnkrankheiten, Kopf- und Rückenschmerzen, Nervosität und Magenschmerzen weit häufiger als ihre Altersgenossen aus sozial höheren Schichten betroffen sind.

Noch schlechter geht es Menschen, die ohne Versicherungsschutz, ohne die notwendigen Papiere unter uns leben, wie der bulgarische Hilfsarbeiter Biser Rusev, der Ende Januar einen schweren Arbeitsunfall in einem Unternehmen in Frankfurt-Höchst hatte. Als Scheinselbständiger war er nicht krankenversichert. Trotz EU-Bürgerschaft und besten Versorgungsmöglichkeiten im Rhein-Main-Gebiet wurde er monatelang nicht operiert, weil sich Krankenhaus und Sozialamt stritten, wer bezahlen soll. Das passiert hier in Hessen, in der sich seiner Weltoffenheit rühmenden Mainmetropole.

Und was passiert einem kranken Menschen, wenn er Ärzte und Krankenhäuser in Anspruch nehmen kann? Er gerät in eine Maschinerie, die immer mehr von Profitmotiven angetrieben wird. Je nachdem, wo ein Mensch wohnt, ob auf dem Land oder in der Stadt, ob in einem armen oder in einem reicheren Stadtviertel, wird er in unmittelbarer Nähe oder weiter weg zunächst auf einen der rund 12 000 Ärzte oder Psychotherapeuten treffen, die meistens als Kleinunternehmer arbeiten. Es sieht also so aus, als seien wir in Hessen gut versorgt. Doch wer einen Arzt in Anspruch nimmt, macht schon bei der Terminsuche die Erfahrung, dass Zweiklassenmedizin und Kommerz längst Einzug gehalten haben in die Praxis.

Die Gesundheit ist zu einem lukrativen Geschäft geworden – nicht nur für die Ärzte, sondern noch mehr für die Pharmaindustrie. Und weil diese immer gieriger wird, werden auch schon mal Krankheiten oder Epidemien erfunden. So bekommen z.B. immer mehr Kinder und Jugendliche die Diagnose ADHS (Aufmerksamkeits- und Hyperaktivitätsstörung) und werden dann mit Ritalin vollgepumpt. Bekamen 2006 noch 32 000 der 10- bis 14-Jährigen Ritalin verordnet, waren es fünf Jahre später bereits 42 000. Besonders betroffen sind Kinder junger Eltern, Kinder von Eltern mit geringerem Bildungsniveau und Kinder von Geringverdienern.

Seelische Leiden sind zur Volkskrankheit Nr. 1 geworden. Dahinter verbergen sich vor allem Depressionen und Angsterkrankungen. Bei jedem 3. bis 4. Erwachsenen wird eine psychische Störung oder Verhaltensstörung festgestellt. Bisher waren psychiatrische Kliniken ein Auffangbecken für Menschen mit chronischen und schweren psychischen Leiden. Durch einen massiven Stellenabbau verändern sich Pflege und Therapie aber so, dass ersatzweise immer mehr Psychopharmaka eingesetzt werden. Mit einer anderen Art der Bezahlung soll nun die „Verweildauer“ von Patienten in psychiatrischen Kliniken drastisch gesenkt werden. Was mit diesen Kranken dann passieren soll, bleibt offen.

Auf die immer mehr zunehmenden psychischen Erkrankungen hat die Pharmaindustrie in der Regel eine lukrative Antwort, die der Arzt nur noch zu geben braucht und die der Patient, um möglichst schnell wieder zu funktionieren und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, gezwungenermaßen – aber vielleicht auch gerne annimmt.

Wer ins Krankenhaus muss, gerät vollends in eine durchkommerzialisierte Welt, die wie eine Fabrik organisiert ist. Denn was für Weihnachtsmärkte in Hessen noch gilt, sie dürfen nicht privatisiert werden, weil die „Gemeinden im Interesse einer wirksamen Wahrnehmung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft ihre gemeinwohlorientierten Handlungsspielräume nicht aufgeben dürfen“, stimmt für die medizinische Versorgung in den 180 hessischen Krankenhäusern schon lange nicht mehr. Im Gesundheitswesen geht es nicht (mehr) darum, kranken Menschen möglichst professionell und mit Empathie ohne Ansehen der Person zu helfen, sondern es geht ums Geschäft. Hessen ist dabei Vorreiter! Nur hier wurde sogar ein

Uniklinikum (in Gießen/Marburg) privatisiert und an eine Aktiengesellschaft verkauft. Die Versorgung der PatientInnen leidet inzwischen dermaßen darunter, dass sogar Teile der CDU über eine Rekommunalisierung nachdenken, weil „die Profiterwartungen nicht mit einer qualitativ hochwertigen Versorgung zusammenpassen“.

Der Kapitalismus ist im Gesundheitswesen voll angekommen: Die Versorgung der jährlich über 1,2 Millionen Patienten in Hessen ist darauf ausgerichtet, den wirtschaftlichen Erfolg der „Leistungsanbieter“ zu steigern. Das trifft auf alle Krankenhäuser zu – unabhängig davon, ob es öffentliche, private oder kirchliche Krankenhäuser sind. Unter dieser Vorgabe wird am Pflegepersonal gespart und die „Verweildauer“ gekürzt, in Hessen von 9,5 auf 7,7 Tage im Jahr 2011. Gleichzeitig stieg in dieser Zeit die Zahl der behandelten Fälle stärker an als das medizinisch begründbar und notwendig ist, d.h. Menschen werden ohne Not operiert oder invasiv untersucht.

Die hessischen Krankenhäuser werden mit etwa 73.000 Beschäftigten und einem jährlichen Gesamtumsatz von rund 5,6 Milliarden Euro als ein „bedeutender Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber“ angesehen. Das muss man wissen, damit man versteht, was mit einem passiert, wenn man ins Krankenhaus kommt. Von Sorge, Vertrauen, Empathie und Zuwendung kann da keine Rede mehr sein.

Kann das nicht auch alles ganz anders sein? Statt Kranke zu schneiden, zu durchleuchten, mit Chemikalien zu füllen und dafür auch noch zusätzlich Geld von ihnen zu nehmen, könnte eine Gesellschaft doch zuallererst darauf achten, dass die Menschen erst gar nicht (so) krank werden. Viel Leid bliebe den Menschen erspart, wenn die persönliche Gesundheit ein schützenswertes Gut von allerhöchstem Rang wäre. Das gesamte „Gesundheitswesen“ muss von jeglichem Geschäfts- und Profitinteresse freigehalten werden. Wo sind die Fahnen und Transparente, auf die wir das in großen Buchstaben schreiben können? Wer zieht in den Kampf um eine bessere Zukunft mit diesem unverzichtbaren Ziel?

4

„... die Bildung eines neuen geistigen Lebens im Volke suchen und die abgelebte moderne Gesellschaft zum Teufel gehen lassen.“

Georg Büchner, Brief an Gutzkow, 1836

Ihr Menschen in Hessen!

Bekommen wir leuchtende Augen, wenn wir den Blick auf die Schulen und Hochschulen, auf die Kindergärten, auf die Berufsausbildung und auf das weite Feld der Weiterbildung richten? Nein, nur mit Tränen in den Augen, nur mit unterdrückter Verzweiflung kann man sich anschauen, welch ein Schindluder mit der Bildung heute getrieben wird. Wut steigt in einem hoch, wenn man sieht, wie die Menschen dort, wo sie doch Ermutigung und Aufklärung, die Stärkung ihrer Lebenskräfte und den kühnen Blick für das Einrichten einer humanen Welt erwarten könnten, zugerichtet werden für das nackte Gegenteil, für ihre Verwertung in einer auf Zerstörung und Vernichtung ausgerichteten Gesellschaft.

Es steht einfach schlecht um die „Bildung“ in Hessen und in ganz Deutschland. Nur vordergründig betrachtet hat „Bildung“ einen hohen Stellenwert, doch der Staat bringt nur gerade einmal soviel Mittel für das Bildungssystem auf, wie es für nötig gehalten wird, um über ein gegliedertes Schulsystem die künftig mutmaßlich erforderlichen Arbeitskräfte bereitzustellen. Ein ganzes Arsenal an Bildungsökonominnen und Bildungsforschern wird beschäftigt, um diesen Bedarf ständig neu zu ermitteln, die Kosten zu errechnen und das Schulsystem entsprechend auszurichten. Über den mündigen Menschen wird nur noch in den Feuilletons räsoniert.

Geld und „Fachkräfte“ dienen dazu, sich immer neue „Bildungsstandards“ auszudenken und zu „evaluieren“, wie sie am besten erreicht werden können. Im Kern ist alles auf Anpassung, Einfügung und Unterwerfung des Menschen unter die bestehenden Verhältnisse gerichtet. Dem kritischen Denken ist an den Schulen die Luft ausgegangen. Die „Kompetenzorientierung“ ist zu einem Schlüsselbegriff der Pädagogik geworden. Lernen ist auf einen „unternehmerischen“ Menschen ausgerichtet, der, auf sich gestellt, fähig sein soll, seine Arbeitskraft zu vermarkten, seine ganze Lebenskraft dafür einzusetzen, jederzeit Verwendung zu finden.

Ist es nicht fürchterlich, jahrein jahraus miterleben zu müssen, dass so viele junge Menschen auf der Strecke bleiben, weil sie den Ansprüchen dieses Systems nicht gewachsen sind? Der „Nationale Bildungsbericht 2012“ zählt jeden fünften Jugendlichen zu den „Bildungsverlierern“. Schon in diesem auch unter Lehrkräften üblichen Begriff wird in den Kategorien von Gewinn und Verlust gedacht. Die jungen Leute, von denen hier die Rede ist, sind nicht nur Jugendliche ohne Schulabschluss. Die trifft es besonders hart. In Dietzenbach, einer Stadt in der Nähe der hessischen Finanz- und Wirtschaftsmetropole Frankfurt mit über 30 000 Einwohnern, hat fast jeder Sechste keinen Schulabschluss. 40 Prozent der in dieser Stadt lebenden Menschen haben keine Berufsausbildung. Hinter solchen Zahlen stecken menschliche Schicksale und in der Summe beschreiben sie soziale Verhältnisse, die alleine schon Grund genug für einen Aufstand sind. Wir wissen noch mehr über diese hessischen Zustände: Mehr als sieben Prozent der Jugendlichen in Hessen verlassen die Schule ohne einen Abschluss, in Offenbach sind es über 13 Prozent, in Kassel 12 Prozent, in Wiesbaden über 10 Prozent, in Darmstadt über 9 Prozent und auch in Frankfurt fast 9 Prozent.

Dieses Bildungssystem ist ein Ort der sozialen Selektion. Von hundert Kindern, deren Eltern einen Hochschulabschluss haben, absolvieren 77 ein Hochschulstudium, während lediglich 13 von hundert Kindern, deren Mütter und Väter nur einen Hauptschulabschluss haben, den Weg in die Hochschulen finden. Dort setzt sich etwas fort, worüber die Verantwortlichen gar nicht gern reden wollen: Jeder vierte Student schmeißt sein Studium hin. Damit ist noch kein Leben zerstört, doch es müssen Kräfte für einen neuen Anfang mobilisiert werden.

Die Berufsausbildung ist ein ganz besonders trübes Kapitel, trübe schon allein deswegen, weil mit ständig neuen Zahlen und Jahrgängen jongliert wird, um darüber hinwegzutäuschen, dass vielen jungen Menschen eine düstere Zukunft bevorsteht. Es gibt die Berufe nicht mehr, die jemand mit der Aussicht auf eine längere Beschäftigung lernen kann – und erst recht nicht mehr die Arbeitsplätze, die hoffen lassen, wenigstens für eine kalkulierbare Zeit ein gesichertes Leben führen zu können. Was heute gelernt wird, das kann morgen schon veraltet sein, zum gleichen Schrott gehören, wie die Produkte, die diese ausschließlich auf Profit hin angelegte Wirtschaft auf den Markt bringt. Ja, potentieller Schrott ist das, was mit Mühe gelernt wird. Das muss ausgesprochen werden, das müssen die jungen Leute wissen, wenn sie sich irgendwo bewerben. Das ist eine bittere Wahrheit, doch wer sich vor ihr drückt, zahlt ein noch viel bittereres Lehrgeld.

Berichtet wird immer wieder, dass Firmen Auszubildende suchen und jetzt sogar schon mit „Prämien“ anlocken wollen. Das mag es geben, doch im Herbst des letzten Jahres konnten etwa ein Drittel der 800 000 Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz finden. Für etwa 300 000 sind „Warteschleifen“ eingerichtet worden, in denen sie in einem unübersichtlichen und kommerziell betriebenen System zwischen Schule und Beruf die Zeit auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz verbringen. Eine Menge Geld wird in dieses dschungelartige System gesteckt, um die seit 1995 andauernde Lehrstellenkrise und ihre sozialen Folgen zu verschleiern. Inzwischen sind 1,5 Millionen junge Menschen so ohne Berufsausbildung geblieben – und jährlich werden weitere Hunderttausende Menschen ohne Ausbildung an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden, wo sie meist ein ausgegrenztes Leben in Armut fristen.

Vor allem im Hotel- und Gaststättengewerbe, in Frisörläden, im Einzelhandel und in kleineren Handwerksbetrieben werden die Auszubildenden oft als billige Arbeitskräfte und zur Lohndrückerei missbraucht. Dort wird auch überdurchschnittlich oft vorzeitig die Ausbildung abgebrochen. Bei den Restaurantfachleuten waren es im vergangenen Jahr über 47 Prozent, bei den Fachverkäufern und -verkäuferinnen etwa 35 Prozent, bei den Hotelfachleuten fast 30 Prozent. Darüber darf man sich nicht wundern, denn hier sind die Ausbildungs-

bedingungen oft besonders miserabel. Es ist also auch kein Wunder, wenn dort oft Lehrstellen unbesetzt bleiben.

Und wundern darf man sich auch nicht darüber, wenn sogar namhafte Unternehmen die bei ihnen ausgebildeten Jugendlichen nur zum Teil weiterbeschäftigen. Das System der Berufsausbildung folgt der gleichen kapitalistischen Logik wie die Produktion und die Kalkulation der Kosten für die beschäftigten Lohnabhängigen. Der Markt und die Konjunktur sind die Bestimmungsgrößen für die Chancen einer Ausbildung. Ein Funktionär des Unternehmerverbandes Südhessen hat das bereits vor vielen Jahren ungeschminkt auf den Punkt gebracht: „Die Unternehmer treffen Entscheidungen in erster Linie nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Wenn sich die Ausbildung nicht rechnet, wird eben nicht ausgebildet!“.

Wo immer auch ein „Recht auf Bildung“ und ein „Recht auf Ausbildung“ beansprucht wird, dieses Recht muss erkämpft werden. Es gibt keinen Grund zum Warten auf bessere Zeiten, aber auch keinen Grund, verzagt und mutlos in die Zukunft zu blicken. Bildung und Ausbildung – so systemkonform und herrschaftssichernd sie auch organisiert werden – sind immer auch mit einem inneren Widerspruch behaftet. Sie befördern immer auch zugleich Erkenntnisse und Fähigkeiten, die sich gegen eine Herrschaft richten können, die nach ihrem weltweiten Siegeszug angeblich alternativlos beansprucht, das Maß aller Dinge zu sein. So sehr der Gedanke der menschlichen Emanzipation stranguliert und um seine Substanz gebracht wird, er bleibt als uneingelöstes Versprechen erhalten, als ein Stachel im herrschenden Bildungssystem. Die Rechnung, den Menschen nur für definierte Zwecke zu begaben, sie geht nicht auf. Auch heute fragen junge Menschen mehr und mehr nach der ihnen vorenthaltenen humanen Qualität der Verhältnisse, in die sie hineinwachsen und in der sie Verantwortung übernehmen sollen. Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang von Erkenntnis und Aktion, Occupy und Blockupy könnten das Wetterleuchten einer solchen Entwicklung sein.

5

**„In Ordnung leben
heißt hungern und geschunden werden.
Wer sind denn die,
welche diese Ordnung gemacht haben,
und die wachen, diese Ordnung zu erhalten?“**

Georg Büchner, Hessischer Landbote

Ihr Menschen in Hessen!

Ein Dach über dem Kopf! Das ist doch das Mindeste, worauf alle Menschen einen Anspruch haben – sollte man meinen. Ein Dach über dem Kopf, unter dem man menschwürdig leben kann, auch das versteht sich doch von selbst. Doch für jeden, der gezwungen ist, für sich, für seine Familie ein solches Dach zu finden, ist gar nichts mehr selbstverständlich. Er begibt sich, ob er will oder nicht, auf einen Markt, auf dem diese zivilisatorischen Voraussetzungen einer menschlichen Existenz als Ware angeboten werden, zu Preisen, die der Logik dieses Marktes folgen. Der ganze Skandal liegt schon darin, dass das zuerst einmal als das Normale angesehen und hingenommen wird.

Zugegeben, es gab und gibt noch immer einen Sektor, der dieser Normalität in Grenzen entzogen ist. Es gab einmal einen genossenschaftlichen und auch einen kommunalen Wohnungsbau mit Wohnungen zu sozial vertretbaren Mieten. Dieser Sektor schrumpft, die Sozialbindung der Mieten wird, wo immer es möglich ist, aufgehoben oder ausgehebelt. Viele Wohnungsbaugesellschaften streifen ihre sozialen Verpflichtungen ab und werden auf Gewinnmaximierung getrimmt. Das geschieht in fast allen Großstädten – fast ohne großen Widerstand.

Es gab einmal einen „Häuserkampf“. In Frankfurt richtete er sich in den 70er Jahren gegen die Grundstückspekulation vor allem im Frankfurter Westend. Hausbesetzungen richteten sich vor allem hier gegen eine spekulativ motivierte Stadtplanung, mit begrenzten Erfolgen.

Wenn auch der Abriss von Häusern zum Teil abgewendet werden konnte, die geplante Vertreibung der alteingesessenen Wohnbevölkerung gelang letztlich doch noch durch einen ungehemmten Bau von Bürogebäuden und die soziale Umstrukturierung des Stadtteils. Wem gehört die Stadt? Das war damals bereits die Frage, auf die mit brachialen Polizeieinsätzen eine Antwort gegeben wurde. Wem es am Verstand nicht fehlte, der konnte diese Antwort des Polizeiknüppels verstehen. An diesem bedeutsamen Teil der Frankfurter Sozialgeschichte könnte heute noch einiges gelernt und begriffen werden.

Fast 300 000 Wohnungslose gab es im vergangenen Jahr in Deutschland. Die Zahl ist geschätzt, weil niemand von den Verantwortlichen ein Interesse daran hat, sie sorgfältig zu ermitteln. Die Tendenz ist steigend, das leugnet niemand. Dass es auch eine erhebliche „Dunkelziffer“ gibt, wird ebenfalls nicht bestritten. Jeder Zehnte ist minderjährig, das wissen die Leute, die sich um solche Menschen kümmern. In Frankfurt, dieser stinkreichen Stadt, kann davon ausgegangen werden, dass 2500 Menschen obdachlos sind. Vor ein paar Jahren waren es noch erheblich weniger.

Mieterhöhungen sind die härtesten Eingriffe in das Leben von Menschen, die von einem Einkommen aus lohnabhängiger Arbeit leben müssen. Ungehindert konnte in den letzten Jahren auf dem „freien Wohnungsmarkt“ mit Wellen von Mieterhöhungen das Preisniveau angehoben werden. Wo immer es ging, wurden attraktive Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt. Eine geplante soziale Verdrängung ist die Folge dieser Entwicklung.

„Gentrifizierung“ ist das fürchterliche Wort, das dafür inzwischen verwendet wird. Es klingt vornehm, eiskalt und verdunkelt den realen Vorgang, dem seit Jahren Tausende von Menschen ausgesetzt sind, die die angebotenen Eigentumswohnungen und die verlangten Mieten in den umstrukturierten Stadtquartieren nicht mehr bezahlen können. Im Frankfurter Nordend ist diese „Gentrifizierung“ bereits weit fortgeschritten, im Ostend ist sie „voll entbrannt“. Das steht wie ein Naturereignis in den Zeitungen, oft gefolgt von hilflosen Forderungen nach einer „Mietpreisbremse“. Damit wird soziales Engagement vorgespielt und abgelenkt von der Bereitschaft der Politiker, sich dieser neuen Form von Stadtgestaltung zu Lasten der sozial Schwächeren schlicht und einfach zu unterwerfen.

Die Konsequenzen dieser Entwicklung liegen auf der Hand. Der Wohnungsmarkt ist ein Feld sozialer Kämpfe, auch er ist ein Ort des „Kleinkrieges“, in dem es letztlich ums Ganze geht. Die existentiellen Lebensvoraussetzungen für ein menschwürdiges Leben der Profitlogik der Immobilienwirtschaft zu entziehen, ist der Kern dieses „Kleinkrieges“ auf dem Wohnungsmarkt. Daher ist die Vergesellschaftung des Wohnraums die zwingende Antwort auf die dramatische Entwicklung, die sich vor allem in den großen Städten vor unseren Augen abspielt. Die Erkämpfung eines sozialen Milieuschutzes kann auf diesem Wege nur ein Etappenziel sein. Die Vergesellschaftung des Wohnraums ist nur Teil des großen alternativen Projekts „Recht auf Stadt“, das inzwischen auch Frankfurt erreicht und mit der Blockupy-Bewegung eine breitere öffentliche Aufmerksamkeit gefunden hat.

Mit dem „Recht auf Stadt“ wird der Vermarktung der Stadt im globalen Konkurrenzkampf entgegengetreten. Die Bürgerinnen und Bürger melden sich zu Wort, Menschen aus dem bürgerlichen Milieu, „Schrebergärtner“ und „Autonome“, und beanspruchen ihre Beteiligung an der Gestaltung des sozialen und kulturellen Zusammenlebens. Außerparlamentarisch tritt dieser Anspruch auf, getragen von der Vielfalt der Interessen der Menschen, die ein Zusammenleben jenseits der Zwänge des kapitalistischen Marktes suchen. Darin liegt ein großes Potential, zugleich aber auch das Problem, immer wieder einen Interessenausgleich in einer heterogenen Bewegung suchen zu müssen.

Dieser zarten Pflanze stehen mächtige Allianzen der Kommunalpolitik gegenüber, ganze Sippschaften von Funktionsträgern, die durch politische Karrieren und verteilte Pfründen in Gremien, in kommunalen Gesellschaften und Institutionen an die Macht gekommen sind. Sie alle haben Namen, Anschrift und Gesicht. Diesen Leuten in dem politischen Regelwerk gegenüberzutreten, das sie sich für ihre eigene Machterhaltung geschaffen haben, ist auf das Scheitern schon gerichtet, bevor der erste Schritt getan wird.

Verlangt Transparenz! Die Geschäfte und Kalkulationen müssen offengelegt werden, damit wir das Zahlenwerk begreifen, mit dem Rationalität nur vorgegaukelt wird. Die Fakten, die Zahlen müssen auf den Tisch, die Gewinner und Verlierer der bisherigen Geschäfte kennen wir doch bereits.

Der Hessische Landbote.

Erste Botschaft.

Darmstadt, im Juli 1834.

V o r b e r i c h t.

Dieses Blatt soll dem hessischen Lande die Wahrheit melden, aber wer die Wahrheit sagt, wird gehenkt, ja sogar der, welcher die Wahrheit lieft, wird durch meineidige Richter vielleicht gehängt. Darum haben die, welchen dies Blatt zukommt, folgendes zu beobachten:

- 1) Sie müssen das Blatt sorgfältig außerhalb ihres Hauses vorder Polizei verwahren;
- 2) sie dürfen es nur an treue Freunde mittheilen;
- 3) denen, welchen sie nicht trauen, wie sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hinlegen;
- 4) würde das Blatt dennoch bei Einem gefunden, der es gelesen hat, so muß er gestehen, daß er es eben dem Kreisrath habe bringen wollen;
- 5) wer das Blatt nicht gelesen hat, wenn man es bei ihm findet, der ist natürlich ohne Schuld.

Friede den Hütten! Krieg den Pallästen!

Im Jahr 1834 siehet es aus, als würde die Bibel Lügen gestraft. Es sieht aus, als hätte Gott die Bauern und Handwerker am 5ten Tage, und die Fürsten und Vornehmen am 6ten gemacht, und als hätte der Herr zu diesen gesagt: Herrschet über alles Gethier, das auf Erden kriecht, und hätte die Bauern und Bürger zum Gewürm gezählt. Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag, sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigne Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Vornehme aber geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihm mit den Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und läßt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag; Fremde verzehren seine Acker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwielen, sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Vornehmen.

Im Großherzogthum Hessen sind 718,373 Einwohner, die geben an den Staat jährlich an 6,363,364 Gulden, als

1) Direkte Steuern	2,128,131 fl.
2) Indirecte Steuern	2,478,264 „
3) Domänen	1,547,394 „
4) Regalien	46,938 „
5) Geldstrafen	98,511 „
6) Verschiedene Quellen	64,198 „
	<u>6,363,363 fl.</u>

Dies Geld ist der Blutzehnte, der von dem Leib des Volkes genommen wird. An 700,000 Menschen schwitzen, stöhnen und hungern dafür. Im Namen des Staates wird es erpreßt, die Presser berufen sich auf die Regierung und die Regierung sagt, das sey nöthig die Ordnung im Staat zu erhalten. Was ist denn nun das für gewaltiges Ding: der Staat? Wohnt eine Anzahl Menschen in einem Land und es sind Verordnungen oder Gesetze vorhanden, nach denen jeder sich richten muß, so sagt man, sie bilden einen Staat. Der Staat also sind Alle; die Ordner im Staate sind die Gesetze, durch welche das Wohl Aller gesichert wird, und die aus dem Wohl Aller hervorgehen sollen. — Seht nun, was man in dem Großherzogthum aus dem Staat gemacht hat; seht was es heißt: die Ordnung im Staate erhalten!

6

**„Denn was sind diese Verfassungen in Deutschland?
Nichts als leeres Stroh, woraus die Fürsten die Körner
für sich herausgeklopft haben. Was sind unsere Landtage?
Nichts als langsame Fuhrwerke, die man einmal oder
zweimal wohl der Raubgier der Fürsten und ihrer Minister
in den Weg schieben, woraus man aber nimmermehr
eine feste Burg für deutsche Freiheit bauen kann.
Was sind unsere Wahlgesetze? Nichts als Verletzungen
der Bürger- und Menschenrechte der meisten Deutschen.“**

Georg Büchner, Hessischer Landbote

Ihr Menschen in Hessen!

Seht, was möglich ist! Die Rechtlosesten unter uns erheben sich. Im Herbst letzten Jahres waren sie 600 km zu Fuß unterwegs, ein Marsch des Widerstandes und der Würde von Würzburg bis Berlin. Von einem Ort, wo einer der ihren in den Tod getrieben wurde, bis in die Hauptstadt, wo die residieren, die für ihre missliche Situation verantwortlich sind. Dort haben sie bis heute ihre Zelte des Protestes aufgeschlagen, dort haben sie kürzlich in einem Tribunal Anklage erhoben gegen ein rassistisches Unrechtssystem, das ihnen ein freies und sicheres Leben unmöglich machen will.

Es sind Flüchtlinge, Asylsuchende, MigrantInnen ohne Papiere. Sie müssen in erbärmlichen Lagern leben und dürfen den Landkreis dieser Zwangsunterkünfte nicht verlassen. Sie müssen mit Abschiebung rechnen und landen oftmals in Haft, ohne jemals ein Verbrechen begangen zu haben. Sie machen die schmutzigsten Arbeiten zu den geringsten Löhnen, wenn sie überhaupt arbeiten dürfen.

Einige Beispiele:

- Oberursel gehört zum Hochtaunuskreis und damit zu einem der reichsten Landkreise Deutschlands. Flüchtlinge müssen hier aber in elenden Containerlagern hausen. 250 Menschen, darunter Familien mit Kindern, sind in kleinsten Räumen zusammengepfercht, 6 qm oder weniger pro Person.

„Im Lager zu leben, macht die Menschen krank. Es wird ihnen ein Gefühl vermittelt, als sei man auf den Müll geworfen“, so die Aussage eines Flüchtlings, der über ein Jahr im Container wohnen musste.

- Der Frankfurter Flughafen ist der Abschiebeflughafen Nr. 1 in Deutschland. 2753 Menschen wurden von hier aus 2012 offiziell abgeschoben, dazu kommen direkte Zurückweisungen und sogenannte Überstellungen in süd- und osteuropäische Länder, die Asylsuchende auf ihrem Weg nach Deutschland durchqueren mussten. Durchschnittlich 10 Menschen werden also täglich von Frankfurt außer Landes geschafft, und das immer wieder auch mit brachialer Gewalt.
- Rhein-Main rühmt sich seiner boomenden Dienstleistungsökonomie, die ohne die bewusste Inkaufnahme und Ausnutzung aller Varianten prekärer Beschäftigung - von Werkverträgen, Befristungen, Leiharbeit, Mini-Jobs bis zur Bekämpfung gewerkschaftlicher Organisierung - längst zusammengebrochen wäre. Betroffene der Überausbeutung sind insbesondere Flüchtlinge und MigrantInnen, die wegen ihres unsicheren Aufenthaltes erpressbar bleiben. Asylsuchende sind im ersten Jahr mit Arbeitsverbot belegt, und danach dürfen sie Jobs nur machen, wenn sich kein anderer „Bevorrechtigter“ (mit deutschem oder EU-Pass oder mit Daueraufenthalt) findet. Bau, Reinigung, Gastronomie, Pflege bis zur Sexarbeit: Stundenlöhne zwischen 2 und 6 Euro sind hier keine Ausnahmen, und immer wieder werden Beschäftigte gänzlich um ihren Verdienst betrogen.

Flüchtlinge und MigrantInnen befinden sich in ständiger Angst vor willkürlichen Polizeikontrollen, und insbesondere in Krisensituationen werden sie zu Sündenböcken einer Politik gemacht, die doch allzu häufig dafür mitverantwortlich ist, dass sie ihr Herkunftsland verlassen haben.

„Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.“ So lautet nicht zufällig eine der Parolen der selbstorganisierten Flüchtlinge. Denn die

Diktaturen, die sie unterdrücken, sind nicht selten mit Waffen aus hiesigen Fabriken ausgerüstet. Im Interesse der Großkonzerne und der Zurichtung auf den Weltmarkt werden lokale Ökonomien zertrümmert, mittels Landraub oder Überfischung die regionalen Lebensgrundlagen zerstört.

Und selbst den Klimawandel, dessen Verwüstungen und Überschwemmungen vor allem den globalen Süden treffen, hat der industrielle Kapitalismus des Nordens zu verantworten. Erwerbslos oder allenfalls prekäre Jobs, kaum Einkommen, keine soziale Unterstützung, ohne Gesundheitsversorgung, keine Perspektiven: Wer will angesichts dessen hinterfragen, dass sich viele auf den Weg machen, dass sie auf die Suche gehen nach einem besseren Einkommen und sozialer Sicherheit für sich und ihre Familien. Und die meisten gelangen allenfalls bis in ein Nachbarland.

Wer es doch bis hierher schafft, hat in aller Regel einen schweren Weg hinter sich: Durch die Wüste und in kleinen Booten über das Meer; in LKW-Containern oder zu Fuß über Dutzende von Grenzen; konfrontiert mit einem militarisierten Grenzregime und seit 2005 zusätzlich mit Frontex, diesen modernen Menschenjägern.

Von 1993 bis 2012 sind insgesamt 16.264 Opfer der Festung Europa gezählt worden. Und dazu kommen viele weitere, von deren Tod niemand je etwas erfahren hat. Wer überlebt und nicht - völlig unrechtmäßig und entgegen allen Flüchtlingskonventionen - direkt zurückgeschoben wird, landet - völlig rechtmäßig entsprechend „harmonisierter“ EU-Richtlinien - in Abschiebegefängnissen, die überall an den Außengrenzen mit EU-Geldern aufgebaut wurden. Wer dort - zumeist in einem der südlichen oder östlichen EU-Staaten wie Italien oder Ungarn - registriert wurde, wird den „Fluch des Fingers“ (die Identifizierung per Fingerabdruck) nicht mehr los. Denn die sogenannte Dublin II-Verordnung erzwingt den Verbleib im ersten Land der Einreise, und wer dennoch zu Verwandten und Bekannten nach Nordwesteuropa weiterreist, dem droht die Rückschiebung.

Wer sich dennoch durchgeschlagen und alle diese äußeren Grenzen überwunden hat, ist hier mit neuen konfrontiert: mit Entwürdigung und Entrechtung, mit Rassismus und Kriminalisierung. Doch trotz alledem: „Break Isolation“ lautet der Slogan der Selbstorganisierten, sie haben begonnen, sich zusammenzuschließen und zu verstehen,

dass Solidarität eine Waffe ist. Davon können und sollten wir alle lernen und gemeinsam kämpfen. Solidarisieren wir uns, denn was heute den Rechtlosen angetan und an ihnen getestet wird, kann morgen auch uns treffen.

Solidarisieren wir uns, denn kein Mensch ist illegal.

„Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist.

Das ist ein Widerspruch in sich.

Menschen können schön sein oder noch schöner.

Sie können gerecht sein oder ungerecht.

Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“

(Elie Wiesel, 1986)

„Es ist keine Kunst, ein ehrlicher Mann zu sein,
wenn man täglich Suppe, Gemüse und Fleisch zu essen hat.“

Georg Büchner, Woyzeck

Ihr Menschen in Hessen!

Werfen wir doch mal einen schärferen Blick auf das „neue“ Deutschland, das inzwischen auch amtlich als ein „Einwanderungsland“ gilt und in dem feine Unterschiede gemacht werden. Es wird unterschieden zwischen den „richtigen“ Deutschen, den Menschen mit einem „Migrationshintergrund“, den Ausländern mit deutscher Staatsangehörigkeit, den Ausländern, die hier leben, egal wie lange schon, den Ausländern, die sich integriert haben und den anderen, die man am liebsten wieder loswerden möchte. Ja, wenn von den Menschen die Rede ist, die hier leben, dann ist etwas los, dann können die Statistiker viel erzählen, und des Volkes Stimme hat alles parat, womit auch Stimmung gemacht werden kann.

16 Millionen Menschen von den etwas über 80 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in Deutschland haben diesen Hintergrund, davon haben etwas mehr als die Hälfte sogar die deutsche Staatsangehörigkeit. Das schauerliche Wort „Migrationshintergrund“, das vor etwa zehn Jahren eingeführt wurde, hat sich so verbreitet, dass es manchmal selbst schon von denen verwendet wird, für die dieses Etikett gedacht ist. Hintergründiges soll immer mitschwingen, wenn es besonders betont und gewichtig ausgesprochen wird. Es ist wunderbar geeignet, um dezent, doch nicht weniger wirksam diffuse Ausgrenzungen zu betreiben.

In Hessen hat fast ein Viertel der Bevölkerung diesen „Hintergrund“, dabei sind es in den südhessischen Städten mehr als in Nordhessen. In Frankfurt gehören bereits 43 Prozent der Bevölkerung zu diesen „Migranten“, in einigen Stadtteilen ist der Anteil noch ganz erheblich höher. Wer sind diese Menschen, für die ein solches Merkmal eingeführt wurde? Nach einer amtlichen Definition sind es „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“.

Jetzt wissen wir es! Aber wir wissen mit dieser Definition noch gar nichts, denn zu diesen Menschen gehören gut betuchte Beschäftigte der Banken, Ärzte und Pflegepersonal in den Krankenhäusern, Leute, die bei der Müllabfuhr arbeiten, Busfahrer, Gemüsehändler, Handwerker, Putzfrauen und Menschen, die alte Leute pflegen, Akademiker und Menschen, die Pfandflaschen aus den Müllkörben fischen, damit sie zu ein paar Euros kommen. Und dennoch ist es wichtig, diese Zahlen zu kennen, wenn wir die Verhältnisse des Jahres 2013 ausleuchten wollen und nach den Lebensperspektiven der Menschen in diesem Land fragen. Diese nüchternen Zahlen mit dem Etikett, das ihnen die Statistiker versehen haben, sind der Schlüssel für vielfältige Quantifizierungen. Folgen wir weiter den Zahlen, hinter denen sich menschliche Schicksale verbergen: Menschen mit diesem „Hintergrund“ haben statistisch gesehen ein niedrigeres „Ausbildungsniveaus“ und sind auf dem Arbeitsmarkt schlechter gestellt. Knapp 40 Prozent der 25- bis unter 65-Jährigen haben keinen beruflichen Ausbildungsabschluss. Die Erwerbslosenquote der 25- bis unter 65-Jährigen ist mehr als doppelt so hoch wie die der Personen „ohne Migrationshintergrund“.

Der allergrößte Teil dieser Menschen wurde bereits vor Jahrzehnten nach Deutschland geholt, weil sie als Arbeitskräfte gebraucht wurden. Viele von ihnen kamen auch nur mit der Absicht, hier Geld zu verdienen und dann in ihr Heimatland zurückzukehren. „Gastarbeiter“ hat man damals diese Menschen genannt. Schäbig wurde mit ihnen umgegangen, die meisten ließen es sich auch gefallen und kaum jemand dachte sich viel dabei.

Inzwischen gehören diese Menschen zu uns, sie leben in der zweiten und dritten Generation hier. Ein Drittel der mit dem „Hintergrund“ etikettierten Menschen ist bereits hier geboren. Doch sie und ihre Eltern müssen sich jahrein jahraus immer noch gefallen lassen, als „unsere ausländischen Mitbürger“ angesprochen zu werden. Die Lüge in dieser Anrede ist so gut wie kein öffentliches Thema. Wer macht sich schon Gedanken darüber, wie vielen von diesen „Mitbürgern“ ein fundamentales Bürgerrecht vorenthalten wird. In Frankfurt sind es 100 000, die kein Wahlrecht haben, weil dieses Recht an die deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit gebunden ist.

Mit dem schillernden Zauberwort „Integration“ hängt sich diese Gesellschaft ein humanes Mäntelchen um. Es wird zuerst einmal verlangt, dass alle, die hier leben wollen, sich gefälligst an Recht und Moral dieses Landes - in dem die Herrschenden dies schon lange nicht mehr tun - zu halten haben. Wo es knirscht, da soll mit entsprechenden Zwangsmitteln nachgeholfen werden. Dieses so „plausible“ Modell erhebt sich zu einer Norm ganz eigener Art. Es ist geeignet, Vorbehalte und Feindlichkeiten zu festigen, die den Bodensatz für einen alltäglich zu erlebenden Rassismus abgeben. Es war dieser bis in die Polizei und in die „Staatsschutzorgane“ hineinragende Rassismus, der die Mörderbande des NSU geschützt hat. Das Entsetzen, das wir heute erleben, ist erst dann ehrlich, wenn dieser rassistische Hintergrund ernst genommen wird und Konsequenzen gezogen werden.

Den rauhen Wind, der seit einiger Zeit verstärkt in dieser „Einwanderergesellschaft“ weht, bekommen viele zu spüren. Zuallererst diejenigen, die als „Fremde“ auffallen, entweder durch ihr bloßes Aussehen, durch ihre Kleidung oder durch ihren „fremden“ Namen. Diese Menschen brauchen gute Nerven, um aushalten zu können, was ihnen manchmal an Ablehnung und demonstrativer Distanz zugemutet wird. Auch diejenigen brauchen gute Nerven, die sich um ein verträgliches Miteinander im täglichen Alltag bemühen und sich Naivität und Blauäugigkeit vorwerfen lassen müssen. Eine doppelte Parallelgesellschaft bildet sich heraus: eine, in die sich Menschen in einen von ihnen selbst geschaffenen geschützten Raum zurückziehen, und die andere, die vor diesen Menschen geschützt wird. Unsichtbar sind die Grenzen, die hier gezogen werden – und was sich in diesen

geschützten Räumen herausbildet, bewegt sich nicht immer auf der zivilisatorischen Höhe der Zeit.

Wohin geht die Reise? Wie viel Solidarität und Empathie mit Menschen, die aus den Kriegsgebieten dieser Welt und vor der Not im eigenen Lande fliehen müssen, kann erwartet werden?

Ist das, was in Berlin-Hellersdorf vor einigen Wochen passiert ist, auch hier in Hessen denkbar und möglich? – In Bad Soden bei Frankfurt regt sich der erste Widerstand gutbetuchter Einwohner gegen eine Container-Unterkunft, die am Stadtrand gebaut werden soll. Der „Protestforschung“ ist diese Einstellung durchaus vertraut: „Gut situierte, privilegierte Gruppen wollen gerne unter sich bleiben, sich wechselseitig bestärken, und wenn sie dann plötzlich hautnah mit Elend oder Benachteiligung konfrontiert werden, dann haben sie das Gefühl, da wird ihre Situation in Frage gestellt. Und deshalb will man das rausverlagern oder zumindest einen Schutzwall errichten, auch zum Teil einen Sichtschutz errichten, sodass man das nicht mehr sehen muss, dann kann man das eigene Privileg besser genießen und ertragen.“ (Prof. Dieter Rucht)

Flagge zeigen, auch in einer Umgebung, die es schwer aushält, wenn ihr inhumaner ideologischer Hintergrund ausgeleuchtet wird, ist nötig. Das war schon immer so und wird so noch lange bleiben.

8

„Was nennt Ihr denn gesetzlichen Zustand? Ein Gesetz, das die große Masse der Staatsbürger zum fronenden Vieh macht, um die unnatürlichen Bedürfnisse einer unbedeutenden und verdorbenen Minderzahl zu befriedigen? ... dies Gesetz ist eine ewige, rohe Gewalt, angetan dem Recht und der gesunden Vernunft ...“

Georg Büchner, Brief an die Familie, 1833

Ihr Menschen in Hessen!

Es ist so vieles faul in diesem Staate, dass man zu der Erkenntnis kommen muss: Mit diesem Staat ist kein Staat zu machen. Die existentiellen Lebensbedürfnisse und Lebensperspektiven der Menschen sind ihm nebensächlich gegenüber den Interessen der kapitalistischen Schlüsselindustrien des „militärisch-industriellen Komplexes“. Er verhindert jegliche öffentliche Kontrolle über diesen Komplex und gaukelt den Menschen vor, dass es doch um ihre Sicherheit ginge.

Außer Kontrolle geraten auch die Finanzen. Mit Milliarden wurden Banken saniert, die sich – auch mit kriminellen – Praktiken verzockt hatten. Milliarden werden verschoben, um dieses System zu erhalten. Gleichzeitig werden die Menschen, die am untersten Ende dieses Systems ihrer Arbeit nachgehen wollen, ins Unglück gestürzt.

Dieses System hat abgewirtschaftet, es hat das historische Vertrauen verspielt, mit dem in Europa die bürgerlichen Demokratien in die Geschichte eingetreten sind. Wir erleben die Folgen einer politischen Ökonomie, die sich ohne Parlament und Regierung nach eigenen Gesetzen austoben kann. Längst haben sich die staatlichen Institutionen verselbständigt und sich einer demokratischen Kontrolle entzogen. Brutal wurde das deutlich, als sich zeigte, dass die Mörderbande des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ anscheinend jahrelang gedeckt und geduldet wurde von denjenigen, deren Auftrag es doch war, die Verfassung vor solchen Leuten zu schützen. Sogar Akten wurden

vernichtet, damit diese Wahrheit nicht an den Tag kommt.

Viele Menschen trauen diesem System nicht mehr. Sie haben tausendmal Recht mit ihrem Misstrauen. Eine Delegitimierung des ganzen politischen Apparats ist inzwischen eingetreten, und das wissen Politiker, die noch halbwegs bei Verstand sind, ganz genau. Die Delegitimierung der etablierten Politik zeigt sich auch immer deutlicher an der zurückgehenden Wahlbeteiligung bei nahezu allen Wahlen. Bei den letzten Kommunalwahlen in Hessen lag sie schon unter 50 Prozent und bei den Landtagswahlen ging sie kontinuierlich zurück auf zuletzt 61 Prozent. Es werden die ersten Stimmen laut und fragen, mit welcher Legitimität die gewählten Parlamente Entscheidungen treffen, wenn ihnen so das politische Vertrauen entzogen wird. Wahlenthaltung als politische Entscheidung gegen dieses System, das kein Programm und keine Alternativen mehr anbietet, ist zu einem politischen Thema geworden.

Die gewählten Volksvertreter haben sich inzwischen meilenweit entfernt von großen Teilen der Bevölkerung. Sie haben keine Scheu oder Scham mehr, offen zu sagen, dass die Interessen der Wirtschaft oder der „Märkte“ die obersten Prämissen ihrer Politik bestimmen. Und sie nehmen eine massenhafte Verarmung auf der einen und die schamlose Bereicherung auf der anderen Seite der Gesellschaft billigend in Kauf, ja sie unterstützen diese Entwicklung sogar. Hier unterscheiden sich die staatstragenden Parteien kaum noch voneinander. Parlamentarische Posten werden in Selbstbedienungsmanier besetzt, die demokratisch gewählten Parlamente werden – sofern sie überhaupt noch die Instanz der Volkssouveränität darstellen – immer machtloser; das EU-Parlament ist es sowieso.

Viele Bürgerinnen und Bürger gehen inzwischen ihre eigenen Wege. Sie sehen sich gezwungen, durch ihre Proteste und Aktionen Korrekturen der herrschenden Politik herbeizuführen und mit „Bürgerinitiativen“ Felder zu besetzen, in denen Existentielles auf dem Spiel steht. Noch ist das „Kleinkrieg“, doch die Geschichte zeigt uns, wie schnell sich daraus ein Flächenbrand ergeben kann.

Am 1. Juni dieses Jahres haben Tausende in Frankfurt, am Sitz der Europäischen Zentralbank, gegen die Politik der „Troika“ demonstriert, die dabei ist, Millionen von Menschen in ganz Südeuropa in Hunger und Elend zu stürzen. Unter einem fadenscheinigen Vorwand

stoppten schwer bewaffnete Polizisten diese Demonstration und kesselten mehrere hundert Demonstranten stundenlang ein. Was hier in Frankfurt vorgeführt wurde, war bereits Aufstandsbekämpfung – allerdings noch ohne Aufstand! Mit brutaler Gewalt ging die Polizei gegen die Menschen im Kessel vor, sie wurden mit Pfefferspray gequält und verletzt. „Blockupy“ war die Kampfparole dieser Demonstration - und Menschen, die ihr ureigenstes Recht auf Demonstration wahrnehmen wollten, erlebten, wie die bewaffnete Staatsmacht zum Schlag gegen dieses Recht ausholte.

Im Landboten ist zu lesen: „Im Namen des Staates wird erpreßt, die Presser berufen sich auf die Regierung, und die Regierung sagt, das sei nötig, die Ordnung im Staat zu erhalten. Was ist denn nun das für gewaltiges Ding: der Staat? ... Der Staat also sind alle; die Ordner im Staate sind die Gesetze, durch welche das Wohl aller gesichert wird und die aus dem Wohl aller hervorgehen sollen.“ In Frankfurt konnten wir im Jahre 2013 erleben, was man hier aus einem Staat, der Republik sein will, gemacht hat, und was es heißt: die Ordnung im Staate erhalten und wie sich die Herrschenden das Wohl Aller vorstellen!

Es sollte gezeigt werden, was politisch statthaft ist und wer die Garanten sind, auf die sich die „Märkte“ und die „Börsen“ auch künftig verlassen können. Mit den Blockupy-Protesten hat sich Hessen in den internationalen Widerstand gegen die Herrschaft des Kapitals eingereiht. Wir sind Teil der globalisierten Welt, die globalisierte Welt Teil unseres Lebens.

Um uns herum gärt es bereits an vielen Orten! Der Druck im Kessel ist so groß, dass vermeintliche Kleinigkeiten wie Parkgebühren, eine Fußball-WM in Brasilien oder der Bau eines Einkaufszentrums in einem Park in Istanbul genügen, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Dass auch dies aber bei weitem nicht reicht, zeigen die Revolutionen in Ägypten und Tunesien. Allein die politischen Verhältnisse zu ändern, reicht nicht. Die ungleich schwierigere Aufgabe ist es, soziale Verhältnisse zu ändern, die Armut zu beseitigen, den Reichtum neu zu verteilen, die gesellschaftliche Selbstbestimmung zu erkämpfen. Dazu ist es notwendig, das bürgerliche Privateigentum an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Nur damit erhalten wir die Freiheit der Entscheidungen über das Was und Wie der Produktion und die Möglichkeit soziale Gleichheit zu realisieren. Erst das sind die

Voraussetzungen für eine „Verwirklichung“ der Menschenrechte im umfassenden Sinn.

Es ist an der Zeit, dem Staat die Verfügungsgewalt über die Menschen streitig zu machen und Verhältnisse herbeizuführen, die auf einen staatlichen Herrschaftsapparat nicht mehr angewiesen sind. Ist das nicht ein schönes Ziel, das wir uns setzen könnten? Fangen wir doch damit an, den Herrschenden das Regieren so schwer wie möglich zu machen!

9

„...und es wird ein Dekret erlassen, daß, wer sich Schwielen
in die Hände schafft, unter Kuratel gestellt wird;
daß, wer sich krank arbeitet, kriminalistisch strafbar ist;
daß jeder, der sich rühmt, sein Brot im Schweiß
seines Angesichts zu essen, für verrückt und der menschlichen
Gesellschaft gefährlich erklärt wird; und dann legen
wir uns in den Schatten und bitten Gott um Makkaroni,
Melonen und Feigen, um musikalische Kehlen,
klassische Leiber und eine commode Religion!“

Georg Büchner, Leonce und Lena

Ihr Menschen in Hessen,

notwendig war es, im „Hessischen Landboten 2013“ auf die hessischen Verhältnisse zu schauen, aber notwendig ist auch, den Blick über Hessen hinaus und in die Zukunft zu richten.

Ihr Menschen in Hessen, die Zeit ist reif, es ist auch „Land in Sicht“!

Die Entwicklung der Produktivkräfte hat einen Stand erreicht, der jedem materiellen Elend längst ein Ende bereiten könnte. Die Produktionsmittel sind auf einem hohen Stand der Technologie, allerdings noch nicht vorbereitet für eine selbstverwaltete Produktion. Einrichtungen der Bildung und Wissenschaft sind vorhanden, die in den Dienst der Menschen gestellt werden könnten. Ein materieller Reichtum wäre möglich, der allen ein Leben in Gleichheit und Freiheit und Würde gewährleisten könnte.

„Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.“ An diesem Tor zum Reich der Freiheit stehen wir doch längst, wenn es uns gelingt, die materielle Produktion rationell zu regeln, unter unsere gemeinschaftliche Kontrolle zu bringen, statt uns von einer blinden Macht beherrschen zu lassen. Mit „dem geringsten Kraftaufwand und unter den unserer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen“ könnten wir doch längst arbeiten und unser Zusammenleben organisieren. So steht es bei Karl Marx

im „Kapital“ – und er meinte damit ganz und gar nicht das, was dann einmal in den „sozialistischen Ländern“ praktiziert wurde.

Gleichwohl machen wir die Erfahrung, dass der Kapitalismus aus Krieg und Krisen immer wieder auferstanden ist, sich immer wieder neu erfindet, in immer komplexeren globalisierten Ausbeutungsverhältnissen. Der Versuch ist weit gediehen, sämtliche Lebensabläufe zu ökonomisieren, vom entlegensten Winkel der Erde bis in die eigenen Köpfe und Körper hinein alles verwertbar zu machen.

- Wie kann Befreiung aussehen, wenn unsere Köpfe dermaßen auf die herrschenden Normen zugerichtet erscheinen?
- Wie muss Befreiung aussehen, wenn nicht nur Banken und Konzerne, sondern wir alle auf der Frankfurter Zeil profitieren von den Ausbeutungsketten in den Sonderwirtschaftszonen in China, Bangladesh oder inzwischen schon Polen?
- Wie lässt sich eine Weltwirtschaft, die seit Jahrhunderten und bis heute als systematische Ausbeutung errichtet wurde, neu und gerecht organisieren?

„Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“, das schrieb Marx 1875 in seiner „Kritik des Gothaer Programms. Die Suche nach einer globalen egalitären Gesellschaft stellt uns vor hochkomplexe und herausfordernde Fragen, während heute ein neues gleichzeitiges Aufbegehren um die Welt zieht. Für Brot und Rosen, für soziale Rechte, für ein würdiges und freies Leben und gegen die kapitalistischen Zumutungen und autokratischen Regierungen - das verbindet die nicht abreißende Kette der Aufstände und Kämpfe von 2011 bis heute – von Tunis und Kairo über Madrid und Athen, von New York und Oakland, Tel Aviv bis nach Istanbul und Sao Paulo – mit zumindest Zeichen der Solidarität auch in Frankfurt.

Auf vielfältige Art drückt sich im Moment massenhaft ein Bedürfnis aus, nämlich diese Welt menschlich einzurichten, uns nicht mehr verführen zu lassen und damit zugleich alles „Herrische“ abzuschaffen.

Ungezählte Initiativen gibt es landauf landab, die im Kleinen beginnen, neue Verhältnisse zu schaffen. Was uns im Großen verweigert wird, unsere Selbstbestimmung, ein Leben in menschlicher Würde, Beziehungen, die von Nähe und Zärtlichkeit bestimmt werden, das suchen bereits viele in ihren konkreten sozialen Beziehungen zu verwirklichen.

Ein anderes Leben ist möglich, dieser Gedanke ist nicht untergegangen, aber die praktische Aufgabe ist groß.

Hessen ist ein schönes Land! Die Natur hat uns reich beschenkt mit Flüssen, an denen es sich leben lässt, mit Landschaften und Gebirgen, in denen wir uns wohl fühlen können. Nicht zu vergessen ist der gute Wein. Städte und Dörfer mit einer reichen Kultur gibt es in Hessen, die Literatur und die Wissenschaft können sich in diesem Lande sehen lassen. Eine Schule der emanzipatorischen Gesellschaftskritik ist nach Frankfurt benannt. Hessen ist ein buntes Land, Menschen aus fast allen Teilen der Welt arbeiten und leben hier, haben hier ihr Zuhause.

Und es gibt Widerständigkeit in diesem Land mit einem reichen Schatz an Erfahrungen, wie mit den Herrschenden umgegangen werden muss, damit sie das Fürchten lernen – und wie wir Mut schöpfen zu weiteren organisierten Kämpfen.

Ihr Menschen in Hessen,

das ist unser Land – und nicht das Land der selbsternannten „Führungskräfte“, die sich bei allen Gelegenheiten mit ihren Herrschaftsansprüchen feiern lassen, auch nicht das Land der Spekulanten und zwielichtigen Investoren, die sich hier breit machen, und auch nicht das Land der Verwalter und Funktionäre, die nur ihr eigenes Interesse im Auge haben.

Mit dem Hessischen Landboten 2013 wollen wir aufklären über die Zustände, aber nicht nur jammern und klagen. Mit erhobenem Haupt und beherzt rufen wir Euch zu:

Empört Euch, engagiert Euch, organisiert Euch!
Friede den Hütten – Krieg den Palästen
Die Zeit ist reif.

Den Hessischen Landboten 2013 haben geschrieben:

Bernd Heyl - Hagen Kopp - Martin van de Rakt - Edwin Schudlich
Franz Segbers - Edgar Weick - Helmut Weick - Eva Zinke

2493. **S t e c k b r i e f.**

Der hierunter signalisirte Georg Büchner, Student der Medizin aus Darmstadt, hat sich der gerichtlichen Untersuchung seiner indicirten Theilnahme an staatsverrätherischen Handlungen durch die Entfernung aus dem Vaterlande entzogen. Man ersucht deshalb die öffentlichen Behörden des In- und Auslandes, denselben im Betretungsfalle festzunehmen und wohlverwahrt an die unterzeichnete Stelle abliefern zu lassen.

Darmstadt, den 13. Juni 1835.

Der von Großh. Hess. Hofgericht der Provinz Oberhessen bestellte Untersuchungs-Richter, Hofgerichtsrath

Georgi.

Personal-Beschreibung.

Alter: 21 Jahre,

Größe: 6 Schuh, 9 Zoll neuen Hessischen
Maasses,

Haare: blond,

Stirne: sehr gewölbt,

Augenbraunen: blond,

Augen: grau,

Nase: stark,

Mund: klein,

Bart: blond,

Kinn: rund,

Angesicht: oval,

Gesichtsfarbe: frisch,

Statur: kräftig, schlank,

Besondere Kennzeichen: Kurzsichtigkeit.

Ein notwendiges Nachwort

Der Hessische Landbote von Büchner und Weidig ist 1834 in einer gänzlich anderen Zeit entstanden. Schon der Text bringt zum Ausdruck, welche Gefährdung diejenigen eingegangen sind, die ihn verfasst, gedruckt und verbreitet haben. Die hessischen Revolutionäre des Vormärz haben sich nichts vorgemacht; sie kannten das Risiko. Doch sie rechneten nicht damit, dass die Bauern, an die sich die Flugschrift zuallererst richtete, sofort zur Polizei liefen – aus Angst, ebenfalls verdächtig zu werden. Büchner wurde streckbrieflich gesucht und floh nach Frankreich, Weidig wurde festgenommen, er wurde gefoltert und starb im Gefängnis.

Es wäre billig, das Scheitern dieses Aufrufs auf eine Fehleinschätzung der Machtverhältnisse zurückzuführen. Dem Landboten gingen Aufstände hungernder Bauern, das „Hambacher Fest“ 1832 und ein Jahr später ein bewaffneter Aufstand in Frankfurt voraus. Der Sturm auf die Konstablerwache wurde – wie vorher auch die Bauernrevolten – niedergeschlagen, doch es war unverkennbar eine Zeit revolutionärer Erwartungen.

Heute stellt sich durchaus die Frage, ob nicht in der tiefen Krise des Kapitalismus und in den die Kriegen und Aufständen in vielen Teilen der Welt auch Zeichen einer vorrevolutionären Zeit zu erkennen sind. Verbirgt vielleicht die Friedhofsruhe im eigenen Lande vor allem eine Angst, die das politische Wetterleuchten aus der Ferne hervorruft,

die Angst, etwas zu verlieren, weil keine Vorstellung mehr vorhanden ist, was gewonnen werden könnte, wenn dieses System einer weltweiten Ausbeutung zu Grunde geht? Sie könnte auch erklären, warum Büchner zu seinem 200. Geburtstag in ungezählten Inszenierungen auf den Bühnen gespielt und in Vorträgen gefeiert, gleichzeitig aber um den politischen Büchner ein weiter Bogen geschlagen wird.

Auch bei „Arbeit und Leben“ wurde überlegt, sich mit einer eigenen Veranstaltung an diesem Festmarathon zu beteiligen. Aus dem spontanen Gedanken, **den Revolutionär Büchner ernst zu nehmen** und sich damit zu beschäftigen, wie er mit einem politischen Aufruf auf die heutige Zeit reagieren würde, entstand das Projekt, für das Jahr 2013 den Hessischen Landboten neu zu schreiben. In einer Skizze zu diesem Projekt vom November 2012 heißt es:

„Unser Beitrag und damit unsere Verbeugung vor Georg Büchner soll sein, den 'Hessischen Landboten' neu zu schreiben, einen 'Hessischen Landboten' für das Jahr 2013. Gründe dafür gibt es wahrlich genug! Wenn es zu Büchners Zeiten galt, das Volk von der Notwendigkeit der Revolution zu überzeugen und sich dabei auf Religion als Ausdruck des Elends und zugleich des Protests gegen das Elend zu beziehen, so gilt es heute, den Verhältnissen den ihnen zugeordneten „Sachzwang“ zu entreißen und darüber aufzuklären, dass sie nichts anderes sind als eine Legitimation des schlechten Bestehenden. An den konkreten Lebensverhältnissen wollen wir in einem neuen 'Hessischen Landboten' zeigen, wie weit die Realität von den Möglichkeiten einer freien und gleichen Gesellschaft entfernt ist, aber auch, wie lebendig der Traum von ihr immer noch unter den Menschen ist. Heute wird der Hessische Landbote von 1834 als ein wichtiger Beitrag des Vormärz angesehen. Wir können nicht wissen, was vor uns liegt. Doch mit Bertolt Brecht sagen wir: 'Wer noch lebt, sage nicht: niemals! Das Sichere ist nicht sicher. So, wie es ist, bleibt es nicht.'“

Büchner hat uns angeregt, ja geradezu angestiftet, in unserem „Hessischen Landboten 2013“ genau hinzuschauen und uns von Illusionen freizuhalten. In Büchners Geburtshaus in Goddelau haben wir uns zum ersten Mal getroffen und einen Weg gesucht, wie aus Entwürfen zu einzelnen „Themen“ ein gemeinsamer Text entstehen kann.

Der jetzt gedruckt vorliegende Text ist „arbeitsteilig“ entstanden. In mehreren Treffen haben wir heftig miteinander diskutiert und – wie könnte es anders sein – unterschiedliche „Positionen“ vor- und ausgetragen. Und es wurde uns schon beim Schreiben und Diskutieren bewusst, dass wir gar nicht alles in den Blick nehmen können, auf das wir uns eigentlich einlassen müssten. So fehlt sicher vieles in diesem Text und eine noch viel schärfere Anklage hätte das eine oder andere verdient.

Den Umfang des Landboten von 1834 wollten wir nach Möglichkeit nicht überschreiten. Alles in einen Guss zu bringen, das ist uns mit Sicherheit nicht geglückt, obwohl wir uns das durchaus gewünscht haben.

„Doch das Reich der Finsternis neiget sich zu Ende“, heißt es an einer Stelle im Hessischen Landboten. Wie gerne würden wir für unsere Zeit das gleiche sagen. Noch immer werden alle Kräfte aufgeboden, die Finsternis zu erhalten und jede Regung, auch nur Licht in die Verhältnisse zu bringen, wird – wo immer es geht – schon im Keime erstickt oder so ins Bestehende integriert, dass jeder Stachel gezogen ist. Eine gigantische Eventkultur und eine sich völlig selbständigende Informationsflut verhängen eine Gefangenschaft, der zu entrinnen bereits ungeahnte Kräfte erfordert.

Mit unserem Hessischen Landboten 2013 wollen wir die Zustände ausleuchten, die für eine Veränderung längst historisch reif sind. Wir wollen anstiften zur Auflehnung.

Edgar Weick

**Eine aktuelle Sicht
auf Zustände und Verhältnisse,
die reif sind,
umgestoßen zu werden.**

Geschrieben
im Herbst 2013

zum 200. Geburtstag von Georg Büchner,

der am 17. Oktober 1813
im hessischen Goddelau geboren wurde
und nach einem kurzen Leben
am 19. Februar 1837 in Zürich starb.



Peter-Grohmann-Verlag

ISBN 978-3-944137-64-3